



Thomas Rohkrämer, *Die fatale Attraktion des Nationalsozialismus. Zur Popularität eines Unrechtsregimes*, Paderborn 2013 (Ferdinand Schöningh), 402 S.

„Verstehen beinhaltet selbstredend nicht entschuldigen [...]. Verurteilen schafft eine sichere Distanz, während Verstehen die Bereitschaft voraussetzt, das Phänomen an sich heranzulassen.“ Diesem Satz aus seinem Einleitungskapitel folgend, widmet sich Thomas Rohkrämer der Attraktivität des nationalsozialistischen Regimes und seiner Wirkung auf weite Teile der deutschen Gesellschaft. Zum einen, so der Autor einleitend, möchte er versuchen,

„die allgemeine Stimmung zu erkunden und herauszuarbeiten, welche Aspekte des Nationalsozialismus die Menschen besonders angesprochen haben“ (S. 20). Für diesen Zweck verwendet Rohkrämer vorrangig „die breit angelegten Stimmungsberichte der exilierten Sozialdemokratie [Sopade] und des Sicherheitsdienstes [SD Inland]“. Neben diesem „eher repräsentativ-allgemeinen“ verfolgt die Studie erklärtermaßen einen zweiten, sozusagen „detailliert-persönlichen Aspekt“. Während ersterer erlaube, „zu erkennen, was eine weit verbreitete Einstellung war, sollen eine Reihe von ausgewählten Ego-Dokumenten, die natürlicherweise kein statistisch repräsentatives Sample darstellen können, der Interpretation „Tiefe“ geben und „persönlich-konkrete Ausformungen allgemeiner Mentalitäten und Überzeugungen“ (S. 21) aufzeigen.

In sieben thematisch gegliederten Abschnitten widmet sich Rohkrämer seinem Gegenstand, beginnend mit der „Sehnsucht nach einem gemeinschaftlichen Glauben“, der „Unterstützung für Hitler während der Weimarer Republik“, ein Kapitel, das wesentlich die Entwicklung der NSDAP zur Volkspartei thematisiert, und der Bevölkerungsstimmung im NS-Staat („Nationalsozialismus und Bevölkerung“). Es folgen Abschnitte, die weitere wirkungsvolle Anziehungsfaktoren des Nationalsozialismus einschließlich der Formen seiner massenwirksamen Präsentation behandeln, wie die Ästhetisierung und inszenatorische Darbietung politischer Botschaften („Leben in einer großen Zeit“), die „Vision einer Volksgemeinschaft“ sowie den „Militarismus“, worin der Autor auf den vom kämpferischen Geist der Lebensphilosophie durchtränkten, soldatisch-heroischen Grundzug des NS-Regimes und seines Heldenkults abhebt. Ein Kapitel über die „späteren Kriegsjahre“, in denen die Attraktivität des Regimes für Viele weitgehend zugunsten eines schicksalergebenen Standhaltens gewichen war („Ernüchterung, Durchhaltewillen und Widerstand“), ergänzt durch einen vorwiegend auf vergangenheitspolitische Reflexionen konzentrierten kurzen Schlussteil, runden das mit rund 20 zeitgenössischen Fotografien effektiv illustrierte Buch ab.

Der Autor bietet eine Fülle von fast durchweg aus der späteren Erinnerung geschöpften Selbstzeugnissen zumeist jugendlicher oder heranwachsender

Zeitzeugen des Dritten Reiches, darunter Günter Grass, Ludwig Harig, Barbara Rütting, Lore Walb, Melita Maschmann und andere Personen von z. T. noch gegenwärtiger Prominenz. Sie zeugen von einem jugendlichen Enthusiasmus, einer euphorischen Aufbruchstimmung und einem fast grenzenlosen Glauben an das Genie Adolf Hitlers, auf dessen Person sich im Zeichen eines allgegenwärtigen Führerkults eine mit heutigen Urteilkriterien schwer nachvollziehbare schwärmerische Verehrung konzentrierte. Die Erinnerungen zeichnen überwiegend eine zuweilen der Terminologie der Zeit verhaftete, triumphalistische, ja geradezu rauschhafte Wirklichkeit des Führerstaats, in dem Politik als inszenatorisches Ereignis – modern gesprochen als “Event” – präsentiert wurde, was besonders auf Jugendliche mit ihrem Bedürfnis nach Engagement und Identifikation eine große Faszination ausübte. Vieles von dem, was sich bei Rohkrämer an – so wird man unterstellen dürfen – authentischer Erinnerung zitiert findet, wird den heutigen Leser, sofern er von einer durch die rigide moralische Distanzierung vom NS-Regime bestimmten Erinnerungskultur geprägt ist, womöglich irritiert zurücklassen. Gleichwohl: Wer die Attraktion und Faszination eines Gegenstandes ergründen will, muss sich vor einer pauschalen Dämonisierung hüten und, wie der Autor eingangs betont hat, die Bereitschaft aufbringen, „das Phänomen an sich heran zu lassen“.

Einen kritischen Einwand erfordern Rohkrämers Anmerkungen zum bürgerlichen bzw. nationalkonservativen Widerstand, wie er sich in der Bewegung des 20. Juli und z. T. auch im Kreisauer Kreis manifestiert fand. Der Autor möchte die Wirkung jener „fatalen Attraktion“ des Nationalsozialismus und seiner Ideologie zumindest in Teilen auch dem Widerstand attestieren und demgemäß in seinen „Zielvorstellungen viele Parallelen mit den Idealen des Nationalsozialismus identifizieren“ (S. 307). Sind solche Urteile, die dem bürgerlichen Widerstand eine, womöglich noch bewusste, geistige Orientierung am Nationalsozialismus unterstellen, gerechtfertigt? Gewiss gilt, was auch Rohkrämer anspricht: Anders als der linke oder kommunistische Widerstand bildete sich der bürgerlich-konservative im Ergebnis einer schrittweisen Desillusionierung im Hinblick auf ein Regime, dessen Machtantritt im Jahr 1933 man noch überwiegend mit großen Hoffnungen und Erwartungen verknüpft hatte. Auch hier, im Milieu der „guten Gesellschaft“, wirkte anfangs und vielfach noch bis zum Kriegsbeginn jene „fatale Attraktion“. Doch gerade daraus ersieht man eines: Nationalsozialismus und bürgerlicher Widerstand kamen beide nicht aus der Fremde, sondern aus der Mitte der deutschen Gesellschaft und repräsentierten somit das, was man – zeitgemäß gesprochen – als den „Mainstream“ der deutschen Gesellschaft in jenem Vierteljahrhundert zwischen 1918 und 1945 charakterisieren könnte. Dass dieser auf etwas anderen politischen Anschauungen und moralischen Werthierarchien beruhte als der heutige, dürfte wohl kaum überraschend sein. Durchaus verbunden waren Nationalsozialismus und Widerstand etwa in ihrem ganz überwiegend negativen Bild von der Weimarer Republik. Bedeutete sie für den ersteren den Höhepunkt deutscher Schmach und Schande, galt sie dem letzteren nicht als das Opfer, sondern wesentlich als Ursache und

Auslöser Hitlers und damit eines deutschen Unglücks, dessen Beginn man schon mit dem Jahr 1918 ansetzte. Von einer ehrlichen Analyse dessen, wie in einer offenen Gesellschaft die NS-Bewegung mehrheitsfähig werden und die Macht erringen konnte, gab es kein Zurück mehr in die Zeit vor 1933, sollten sich die politischen Katastrophen nicht wiederholen. Auf dieser Grundlage suchte der Widerstand nach neuen, gleichermaßen „unverbrauchten“ wie auch von keinen Befangenheiten einer „political correctness“ limitierten Wegen für die Neugestaltung deutscher Staatlichkeit und die Organisation des Gemeinwesens auf allen Ebenen. Dabei stellte weder für die Kreisauer noch für den 20. Juli die Demokratie einen Wert an sich dar: Allein aus der bestmöglichen Garantie bestimmter Grundprinzipien im Hinblick auf das Verhältnis von Individuum und Gemeinschaft sollte die Wahl der Staats- bzw. Herrschaftsform erfolgen.

Rohkrämers mit Verweis auf Hans Mommsen formuliertes Verdikt über die gesellschaftlichen Vorstellungen des Widerstands, der „den Pluralismus politischer Interessen und sozialer Kräfte in einer organischen Gemeinschaftsordnung abzufangen“ trachtete und damit gewissermaßen der NS-Volksgemeinschaftsideologie treu geblieben sei (S. 308), erscheint reichlich beckmesserisch. In einer Welt, in der, der eigenen Wahrnehmung gemäß, im Zeichen des entgrenzten Kriegstotalitarismus buchstäblich alles in Trümmer fiel und auch die überkommenen Orientierungen und Wertmaßstäbe der bürgerlichen Gesellschaft zerbrachen, suchte der Widerstand vorrangig nach gesellschaftlichen und sozialen Bindekräften. In einer Zeit, in der nicht nur Deutschland, sondern nahezu Europa in Flammen stand, hielt er nicht nach konfliktorientierten Gesellschaftsmodellen Ausschau oder redete einem ungezügelter Pluralismus das Wort, sondern suchte in erster Linie nach Maßstäben, die den Menschen wieder geistige Orientierung, moralischen Halt und ein Verantwortungsgefühl für ihr Gemeinwesen vermitteln sollten. Dass die Spannweite der erwogenen Alternativen von der monarchischen Restauration über antiegalitäre Varianten eines autoritären Staates bis zur Wiedergewinnung des Religiösen für die Politik reichten, kann unter den damaligen außergewöhnlichen Zeitumständen niemanden ernstlich verwundern. Wer Dämonisierung vermeiden und auch verstörende Phänomene „an sich heranlassen“ möchte, sollte sich gleichfalls vor schmalspurigen Anachronismen in Acht nehmen, die uns, wie so vieles Andere in Rohkrämers Buch, nur demonstrieren, welcher Zeitabstand uns mittlerweile vom „Dritten Reich“ und der damals bestimmenden Generation trennt.

Am Ende sei noch eine kurze Sachkorrektur angebracht: „Arthur“ Rosenberg, von dem wir an mehreren Stellen im Text wie auch im Personenregister des Buches (S. 397) lesen, hat bestimmt eine Menge von Büchern geschrieben, doch gewiss nicht den „Mythus des 20. Jahrhunderts“.

Manfred Zeidler, Böttgerstr. 2, 60389 Frankfurt a. M.



Wolfgang Ruge, Lenin. Vorgänger Stalins. Eine politische Biographie. Bearbeitet und mit einem Vorwort von Eugen Ruge. Hg. von Wladislaw Hedeler, Berlin 2010 (Matthes & Seitz), 470 S.

Wolfgang Ruges Lenin-Biographie ist gleich in mehrfacher Hinsicht ein interessanter Wurf: Das Werk erschien erst vier Jahre nach seinem Tod, war ursprünglich nicht zur Veröffentlichung unter seinem Namen [!] vorgesehen und wurde für die posthume Veröffentlichung bearbeitet. Wie kam es zu diesem Szenario und wie authentisch mag der Text überhaupt sein? Es ist zweifellos das Verdienst des Ruge-Sohnes Eugen, dass der Text in Buchform erscheinen konnte. Eugen Ruge, der sich inzwischen als Schriftsteller und Quasi-Biograph der eigenen Familie einen beachtlichen Namen erworben hat, stieß erst nach dem Tod des Vaters auf das Konvolut. Wolfgang Ruge hatte zwischen 1995 und 1996 einen ca. 400 Schreibmaschinenseiten umfassenden Text entworfen, der die Grundlage für eine Vorlesung bildete, die eine „gute Bekannte“ (S. 11) Ruges zum Thema Lenin an der Freien Universität Berlin abzuhalten gedachte. Nach Ruges Tod 2006 gab die Bekannte dem Sohn die Urheberschaft bekannt und stellte ihm die Texte zur Verfügung. Jetzt erst konnten Textbearbeitungen beginnen, die Eugen Ruge vor allem mit Blick auf „verzichtbare thematische Dopplungen“ (S. 16 f.) genauer umreißt. Hilfreich ist in diesem Kontext Eugen Ruges Hinweis auf die Einsichtnahme in die Originaltexte, die mitsamt dem Nachlass seines Vaters in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften liegen. Sie machen die Bearbeitungstiefe überprüfbar. Der als Herausgeber fungierende Historiker Wladislaw Hedeler hat den Text einer weiteren Bearbeitung unterzogen: Der ausgezeichnete Kenner der sowjetischen Geschichte hat fehlende Quellenangaben ergänzt, den Text sachlich geprüft und redigiert.

Mag man auch die Entstehung und Verwendung des Textes Mitte der 1990er Jahre als ungewöhnlich oder bizarr bezeichnen, so kann das in Buchform erschienene Werk doch als bemerkenswert gelten. Das liegt zum Teil am Verfasser selbst, der das Schreiben des Textes als einen „Akt der Befreiung, eine Sache der geistigen Hygiene“ (S. 19) betrachtet hat. Wolfgang Ruge galt als einer der bedeutendsten und produktivsten Zeithistoriker der DDR, der Jahre seines (jungen) Lebens in Stalins GULag verbringen musste, ohne diese bittere Erfahrung vor 1989 öffentlich thematisieren zu können. Zu DDR-Zeiten war Ruges Hauptthemenfeld eher die Weimarer Republik, wobei ihn die biografische Seite verstärkt interessierte; Biografien über Hindenburg, Erzberger und Stresemann legen davon Zeugnis ab. Nach 1990 widmete sich Ruge vornehmlich der frühen Geschichte der UdSSR, vor allem deren maßgeblichen Köpfen Lenin und Stalin. Sein Lenin-Manuskript war Bestandteil dieser kritischen Auseinandersetzung, die ihn zugleich endgültig von der lange Jahre vertretenen

marxistisch-leninistischen Anschauung Abstand nehmen ließ. Dennoch ist das veröffentlichte Werk keine vordergründige und peinliche Abrechnung mit alten „Göttern“ oder ein Stück Konvertitenliteratur, wie es der sowjetische Militärarchivar Dimitri Wolkogonow mit seiner auf persönliche Demontage ausgerichteten Lenin-Biographie vorgelegt hat.

Ruges Biographie ist indes auch keine umfassende und komplexe Analyse des Partei- und Staatsgründers, sie versucht auch nicht eine vordergründige psychologische Deutung des Protagonisten zu liefern. Die Person Lenin, d. h. sein Leben und seine persönliche Entwicklung, wird mit etwas mehr als 30 Seiten nur relativ knapp abgehandelt, im Mittelpunkt stehen vielmehr dessen Parteikonzept und der lange Weg zur Macht, vor allem aber die Jahre des Partei- und Staatslenkers, mithin die Zeit zwischen Ende 1917 und Lenins Tod Anfang 1924. In Ruges Werk stehen Denken und Handeln der Hauptfigur im Vordergrund – kontextualisiert durch die Darstellung der Beziehungen dieser Hauptfigur zu seinen Mitstreitern und Kontrahenten sowie des gesellschaftlichen Umfelds, das Lenin in den letzten Jahren selbst maßgeblich prägte. Überaus hilfreich erweist sich dabei Ruges Ansatz, auch andere Lenin- und Russland-Kenner zu Wort kommen zu lassen. So bezieht er sich immer wieder auf Richard Pipes, Peter Scheibert, Louis Fischer, Robert Paine, Bernd Bonwetsch, Isaac Deutscher, Dimitri Wolkogonow oder Georg von Rauch, deren Positionen dem Leser ungefiltert zur Kenntnis gegeben werden. Dadurch und mit Hilfe einer 30 Seiten umfassenden „Nachbemerkung zur Quellenlage“, die die biographische Beschäftigung mit Lenin seit dessen Tod kenntnisreich erörtert, scheinen nicht nur Ruges Interpretationen auf, sondern auch die bisherigen Deutungen der Figur.

Lenins Weg zur Macht beschreibt Ruge schonungslos und ohne die einzelnen Winkelzüge und organisatorischen „Neuerungen“ seines Protagonisten permanent mit den russischen Eigentümlichkeiten entschuldigen zu wollen. Für ihn ist Wladimir Iljitsch Uljanow, der spätere Lenin, vornehmlich ein gewiefter Machtaktiker, der seine intellektuellen, rhetorischen und organisatorischen Fähigkeiten zur Revolutionierung Russlands und zur Schaffung einer neuen Gesellschaftsordnung gebrauchte. Dabei war dem späteren Lenin das revolutionäre Element nicht in die Wiege gelegt worden: Das Familienhaus war adlig, „wohlhabend und privilegiert“ (S. 25), und hatte im Ernstfall einen direkten Draht zum Zarenhof. Die Eltern gehörten als Pädagogen der liberalen Intelligenzija an, und nur der ältere Bruder Alexander wurde schließlich Aktivist jener revolutionären Intelligenzija, die per Attentat den Sturz der Zarendespotie herbeiführen wollte. Erst Alexanders Hinrichtung aufgrund des Attentats (1887) ließ den damals 17-jährigen Teil eben dieser revolutionären Intelligenzija werden. Im Marxismus, der ihn bald schon faszinierte, fand er aufgrund seines „universalen Anspruchs“ sowie seiner „inneren Geschlossenheit und Logik“ (S. 34) die alles entscheidende Welterklärung, womit er unter Intellektuellen nicht allein stand. Das Leben der Arbeiterschaft, die nach Marx' Vorstellungen eine Klassendiktatur errichten sollte, lernte der begabte Jungrevolutionär dagegen nie wirklich kennen. Im Sturz der Zarendespotie sowie in der politischen und ökonomischen

Befreiung des gerade in Russland so schwachen und eher randständigen Proletariats erblickte er die zentralen Aufgaben, die es mit fast allen zur Verfügung stehenden Mitteln durchzusetzen galt.

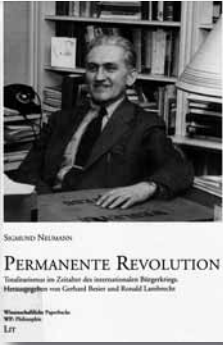
Die „Machtfrage“ war von Anfang an (und bis zum Ende) „Angelpunkt des gesamten Lenin'schen Denkens“ (S. 35). Erlaubt und gerechtfertigt war, was nützlich erschien, moralische Prämissen blieben den Aufgaben und Zielen untergeordnet. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass sich Lenin zeit seines Lebens mit Fragen der Macht sowie der Diktaturerrichtung und Diktatursicherung publizistisch beschäftigte, was Ruge eindrücklich anhand der einschlägigen Schriften und Briefe nachvollziehen kann. Den Anfang machte Lenins Streitschrift „Was tun?“ (1902), in der er die Umwandlung der russischen sozialdemokratischen Partei in eine zentralistisch und diszipliniert geführte Organisation unter Leitung von Berufsrevolutionären forderte. Sein Votum für ein faktisches „Prätorianertum in der Parteiführung“ statt innerparteilicher Demokratie (S. 64) ließ – so Ruge überzeugend – bereits das „Skelett der Machthierarchie“ nach der Revolution erkennen (S. 66). Lenins leidenschaftliche Versuche, der Partei seinen Kurs aufzuzwingen, mündeten 1912 – und nach wechselnden Erfolgen – in einer De-facto-Spaltung der Partei. Die von ihm ins Leben gerufene neue Organisation in der Partei (Bolschewiki) verfolgte seine Prinzipien und brachte jüngere Kader (Sinowjew, Kamenew oder Stalin) in Gefolgschaftspositionen. Das autokratische zaristische System und die dadurch erst erzwungene Exil-Situation der maßgeblichen Parteifunktionäre mag diese Entwicklung begünstigt haben.

Eine reale Chance, die Macht auch tatsächlich zu ergreifen und das Land vollständig umzukrempeln, konnte sich indes nur in einer Ausnahmesituation ergeben, in der das alte politische und ökonomische System vollständig ruiniert und delegitimiert war. Wie sich dies im Einzelnen seit Anfang 1917 abspielte, wie Lenin und seine Partei die taktischen und strategischen Fehler der Übergangsregierung von Kerenski geschickt und erbarmungslos zugleich auszunutzen verstanden, beschreibt Ruge kenntnisreich und luzide. Dabei kommt auch zur Sprache, wie wendungsreich Lenin selbst agierte, wobei er die Machtfrage über alle anderen Prämissen stellte. Auch wenn er den Oktoberumsturz 1917 keineswegs im Alleingang, sondern nur im Zusammenspiel mit Trotzki und zuverlässigen Petersburger Militäreinheiten realisieren konnte: Bei der Sicherung der Macht gegen die bürgerliche Opposition wie gegen die beiden anderen Linksparteien (Sozialrevolutionäre und sozialdemokratische Menschewiki) setzte er sich rigoros gegen all jene Freunde und Anhänger durch, die eine breite linke Koalitionsregierung befürworteten. Sieht man einmal von der kurzen und ihm auch nur abgerungenen Regierungsbeteiligung der linken Sozialrevolutionäre ab, dann stand für Lenin eine tatsächliche Machtteilung nie zur Disposition. Und Ruge macht überdies deutlich, dass ungeachtet aller auswärtigen Einflüsse (z. B. westliche Interventionen) und militant-oppositionellen Verhaltens es doch Lenin selbst war, der vor dem Einsatz staatsterroristischer Mittel (Tscheka, „roter Terror“, KZ) nicht zurückschreckte, um die einmal errungene

Macht gegen Konservative und Linke zu sichern und mit Hilfe der neuen Staatlichkeit die gesamte Gesellschaft umzuwälzen. Da passt es auch ins Bild, dass der Partei- und Staatschef, der die „Unterordnung des Staates und der gesamten Gesellschaft unter die Partei“ betrieb (S. 158), sich „hektisch und ineffektiv“ (S. 164) in alle möglichen Belange des neuen Staates einschalten zu müssen glaubte; insbesondere dort, wo seine – als „Diktatur des Proletariats“ bemäntelte Parteidiktatur – das Gegenteil von dem erreichte, was sie zu schaffen vorgegeben hatte: eine neue und effizientere Wirtschaftsordnung.

Als sich der wirtschaftliche Ruin nicht mehr kaschieren ließ, war es wiederum Lenin, der 1921 das Ruder herumwarf und mit der „Neuen Ökonomischen Politik“ (NÖP) zu marktwirtschaftlichen Anreizen im Kleinen zurückkehrte. Dass er im selben Moment noch jegliche Fraktionstätigkeit in der Partei verbieten ließ, war – angesichts der wirtschaftlichen Liberalisierung – nur konsequent gehandelt, um so die zentrale Machtstellung der Partei auch weiterhin abzusichern, nur leistete er damit für die künftige Herrschaft Stalins ebensolche Schützenhilfe und „Zutreiberdienste“ wie mit der „Diskreditierung seiner langjährigen Vertrauten“ in seinem Testament (S. 369). Am Ende hatte der „geniale Machtpolitiker“ (S. 297) selbst die „Voraussetzungen für den Stalinismus“ (S. 391) mitgeschaffen, womit auch der Titel („Vorgänger Stalins“) gerechtfertigt erscheint, der von Ruges Sohn Eugen stammt. Auch wenn Ruges Lenin-Biographie nicht mit völlig neuen Quellen und Thesen aufwarten kann, auch wenn bekannte marxistische Kritiker wie Karl Kautsky den Zusammenhang zwischen der neuen autokratischen Partei und der ab 1917 folgenden (totalen) Parteiherrschaft bereits zeitnah und hellichtig formuliert und vor einem solchen Experiment in einem durch und durch agrarisch geprägten Land ausdrücklich gewarnt hatten und sich dafür von Lenin als „Lumpen“ und „Dutzendliberale“ begehren lassen mussten, so ist Ruge doch eine sehr konzise und äußerst kritische Biographie gelungen, die ihm am Ende seines Lebens gewiss nicht leicht gefallen sein dürfte. Für manche seiner Weggefährten wie aber auch für jene, die beim Thema Stalinismus gern von Lenin schweigen möchten, wird das Buch hingegen keine leichte Lektüre werden.

Mike Schmeitzner, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der TU Dresden, 01062 Dresden.



Sigmund Neumann, *Permanente Revolution. Totalitarismus im Zeitalter des internationalen Bürgerkriegs*. Hg. von Gerhard Besier und Ronald Lambrecht, Münster 2013 (LIT Verlag), 472 S.

Im Gegensatz zu seinem Namensvetter Franz Neumann und auch zu Ernst Fraenkel taucht der deutsch-jüdisch-amerikanische, ursprünglich bei Hans Freyer (!) in Leipzig promovierte, Sozialwissenschaftler Sigmund Neumann – wenn überhaupt – nur im Fußnotenbereich politikwissenschaftlicher Kompendien oder ideengeschichtlicher Übersichtsdarstellungen auf. Und das, obwohl er wie diese mit „Permanent Revolution“ (1942) eine der frühen, großen Studien über den Nationalsozialismus schuf. Während sich aber die etwa zur selben Zeit erschienenen Werke „Dual State“ und „Behemoth“ auf die NS-Diktatur beschränkten, nahm „Permanent Revolution“ eine vergleichende Perspektive ein. Das kündigte schon der Titel des Buches an. Dieser zitiert einen ursprünglich wohl seitens der Jakobiner, dann aber vor allem von Marx und Trotzki geprägten „linksradiakalen“ Begriff, der seinerseits schließlich als Ernst Röhms permanente „Plebejer-Revolution“ nach „rechts“ auswanderte. Sigmund Neumanns Arbeit ist zwar ebenfalls stark auf Deutschland bezogen, weitet sich aber durch die Einbeziehung Italiens und der Sowjetunion von der (vergleichenden) Faschismus- zur Totalitarismustheorie aus.

Deren beider zentrale Aussagen wurden in „Permanent Revolution“ mitformuliert: Erstens: Nationalsozialismus und Stalinismus sind bei aller Unterschiedlichkeit strukturell ähnliche und verwandte Herrschaftsformen. Und zweitens: Beide sind ohne historische Vorlage ganz neue Formen der Diktatur im 20. Jahrhundert. Verblüffend also, dass bis dato überhaupt keine Übersetzung ins Deutsche erschienen ist. Das mag wohl ursprünglich auch mit dem weltweiten Rezeptionserfolg der Arbeiten von Hannah Arendt oder Carl J. Friedrich/Zbigniew Brzezinski zur Hochphase des „Kalten Kriegs“ zusammenhängen, so dass frühe Ansätze – wie etwa auch Eric Voegelins „politische Religionen“ (1938) – in den Hintergrund gedrängt wurden; denn selbst die deutschen Übersetzungen von „Dual State“ bzw. „Behemoth“ kamen erst in den 70er Jahren und damit relativ spät heraus. Die Totalitarismustheorie hatte zu dieser Zeit der Entspannungspolitik in der Bundesrepublik – vielleicht mit Ausnahme der Arbeiten des Bonner Politologen Karl Dietrich Bracher – ihre (erste) Hochphase längst hinter sich.

Insgesamt sind es folgende Besonderheiten, die Neumanns Buch zum „Klassiker“ machen. *Erstens*: die frühe multidimensionale Perspektive der Totalitarismustheorie. Mit dem vergleichenden Ansatz ist „Permanent Revolution“ breiter als die sozio-polit-ökonomische Analyse des „Behemoth“, in dem die NS-Diktatur als polykratische, „chaotische“ Herrschaftsstruktur eines „Unstaats“ auf „monopolkapitalistischer“ Basis beschrieben wird und die im weiteren Verlauf

letztendlich den Konflikt zwischen „Strukturalisten“ und „Intentionalisten“ vorwegnahm. Auch im sozialwissenschaftlichen Zugang ist die Studie breiter als die Arbeit Fraenkels, den neben der polit-ökonomischen Kapitalismuskritik vor allem die Struktur des Dualismus von Normen- und Maßnahmenstaat sowie die Rechts- und Staatslehre interessierte (als „Sinzheimer-Schüler“ und verfassungsrechtlicher Kenner, der noch in der Weimarer Zeit das Berliner Seminar von Carl Schmitt besucht hatte und während seiner anwaltlichen Tätigkeit bis zur Flucht ganz praktisch auf die Doppelstaat-Natur mit ihrem „Freund-Feind-Recht“ stieß). Das gilt auch im Vergleich zur „Open Society“ (1945), in der zwar ausführlich von Platon über Hegel und Marx bis zum Nationalsozialismus totalitarismustheoretisch argumentiert wird; Karl Popper aber beschränkte sich auf eine rein ideengeschichtliche Perspektive. In „Permanente Revolution“ werden hingegen sozio-ökonomische, politisch-soziologische, zeit- und geistesgeschichtliche Entwicklungen mehrerer Länder mehrdimensional in einen Zusammenhang gebracht. Wegen der Komplexität und Verschiedenheit der für jedes Land angeführten Faktoren gewinnt man bei der Lektüre den Eindruck, Neumann betone bisweilen sogar (bewusst) eher die Unterschiede der Diktaturen in Italien, Deutschland und Russland, um angesichts des „spezielle[n] nationale[n] Klima[s]“ vor „simple[n] Definitionen“ zu warnen (S. 31). Und während die rund zehn Jahre später erschienenen „Origins“ Hannah Arendts sich erst im Anlauf der zweiten Auflage so richtig von einem Buch über den Antisemitismus und Nationalsozialismus zu einem die Sowjetunion einbeziehenden totalitarismustheoretischen Werk erweitern, ist das Buch Neumanns von Anfang an dieser Perspektive verpflichtet.

Eine *zweite Besonderheit* verdient es, hervorgehoben zu werden: die Bedeutung der Massengesellschaft. Verbindendes Element der totalitären Diktaturen ist bei Neumann der Wandel zur industriellen Massengesellschaft, wodurch die alten Strukturen zerschlagen und durch Propaganda sowie Angst manipulierbare Massen als „politisches Treibholz“ (S. 67) hervorgebracht worden sind, gekennzeichnet durch Irrationalität und tyrannischen Hang zur „Gleichheit“ (S. 272). Verstärkt wird das durch den Militarismus und die „Kriegsgeneration“ der „Jungen“, deren destruktive Erfahrungen im Ersten Weltkrieg sie gegenüber tradierten sozialen Bindungen völlig entwurzelt und der bürgerlichen Gesellschaft entfremdet haben; totalitäre Diktaturen sind daher sehr dynamisch, auf die „Tat“ bezogen und vor allem „anti“: „antiparlamentarisch [...], antikapitalistisch, antisemitisch [...], antiwestlich, antirational und antiindividualistisch“ (S. 43). Wie vor ihm Wilhelm Reich (Die Massenpsychologie des Faschismus, 1933), dem sozio-ökonomische, speziell marxistische Erklärungen für den Nationalsozialismus nicht ausreichten, sondern der im autoritär geprägten, triebunterdrückenden „Kleinbürger“ den Schlüssel sah, bedient sich Neumann der neuen massenpsychologischen Theorien: Er greift auf Ortega y Gasset's „La rebelión de las masas“ (1929) zurück, die er auf die Totalitarismusanalyse überträgt; und so nimmt er eine zentrale These Hannah Arendts nahezu vorweg (die „Atomisierung“ – bei Neumann: „Einsamkeit des urbanen Menschen“, S. 162 – in der Massengesellschaft und Zerstörung des „politischen Raums“).

Die *dritte Besonderheit* bilden die Merkmale der totalitären Diktatur. Bei aller Warnung vor Vereinfachung und Generalisierung bringt Neumann die totalitären Systeme als moderne Form der Diktatur dann doch auf ein Schema fünf gemeinsamer Strukturmerkmale: 1) „das Versprechen von Stabilität und Sicherheit“, 2) „die Betonung der Aktion anstelle eines Programms“, 3) „ein quasi-demokratisches Fundament“, 4) „die Psychologie des Krieges“ und 5) „das Führerprinzip“ (S. 71 f.). Dieses Muster einer eingängigen Typisierung, die auch vom politikwissenschaftlich nicht geschulten Laien zur leichteren Identifizierung im Kampf der Systeme alltäglich handhabbar scheint, beinhaltet eine politisch-didaktische Stärke des Buches. Man muss berücksichtigen, dass alle großen Arbeiten über Faschismus und/oder Totalitarismus aus dieser Zeit ja keine „kühlen“, aus der Distanz der Zeit gewonnenen Forschungsanalysen für Symposien, sondern neben ihrem wissenschaftlichen Anspruch zugleich auch immer „Kampfschriften“ zur Mobilisierung eines größeren – und auch gerade des amerikanischen – politischen Publikums gewesen sind. Von dieser „Operationalität“ aus betrachtet hätte das Werk eine breitere Rezeption haben können, sind doch die Werke der „konkurrierenden“ Exilanten noch stärker der europäisch-geisteswissenschaftlichen Tradition verpflichtet und damit erheblich sperriger gewesen. Und sicherlich hat der etwas spätere Erfolg von Friedrich/Brzezinskis „Totalitarian Dictatorship and Autocracy“ (1956) genau mit einer solchen, wenn auch anders formulierten „5-Punkte-Checkliste“ zu tun (vielleicht wurde sie sogar direkt durch „Permanent Revolution“ inspiriert). Die vergleichsweise bescheidene Rezeption mag am „gewöhnungsbedürftigen Englisch“ (so die Herausgeber, S. 8) Neumanns gelegen haben und daran, dass seine je nach Land differenzierten Erkenntnisse trotz dieser Typisierungen dann doch nicht so „anwendungsorientiert“ gewesen sind.

Vierte Besonderheit: die Rationalismusthese. Neumann begreift das eigentlich tiefere „irrationale“ Wesen des Totalitarismus in der Abkehr von „Rationalismus“ und „Fortschritt“ (z. B. S. 47, 70) als der großen Tugend des „Westens“. Auch dies gehört zu den bis heute andauernden grundlegenden Kontroversen: Historiker stritten über den „deutschen Sonderweg“, Heinrich A. Winkler spricht vom „langen Weg nach Westen“. Aber vielleicht sind bei aller Besonderheit des deutschen Faschismus totalitäre Diktaturen keine – wie auch Popper meinte – antizivilisatorischen, irrationalen und anti-vernünftigen „Rückfälle in die Barbarei“ oder „asiatische Taten“ (Ernst Nolte), sondern das Janusgesicht der Moderne: sei es, in der „rechten“ Deutung bei Voegelin, als Verfallserscheinung durch den Verlust der Transzendenzerfahrung im Sinne einer „politischen Religion“, sei es, in der „linken Deutung“ von Horkheimer/Adorno, als spezifische „Dialektik der Aufklärung“ (1947). Neumann greift zwar die These von den weltlichen Religionen stellenweise auf (z. B. S. 185 f.). Das geschieht aber eher beiläufig, als Facette eines z. T. kaleidoskopischen Blicks auf die drei Diktaturen und mit zugleich deutlicher Akzentuierung eines rationalistischen Standpunkts. Hier ähnelt seine Sichtweise dann eher der von Karl Loewenstein, „Max Weber-Schüler“ und ebenfalls deutsch-jüdischer Emigrant, und seinem

1939 erstmals und dann bis 1944 rasch in drei Auflagen vorliegenden Buch „Hitlers's Germany. The Nazi Background to War“. Auch sieht Neumann einen Zusammenhang von Totalitarismus und Demokratie, begreift aber die Diktaturen im Sinne der Rationalitäts- und Fortschrittsthese als „Rückschritt“ – und nicht wie einige Jahre später Jakob L. Talmon in seinen „Origins of Totalitarian Democracy“ (1952) als die „dunkle Seite“ der Demokratie, die in der Jakobinerherrschaft („Tugend und Terror“) der Französischen Revolution einen ihrer zentralen Ausgangspunkte im Sinne eines „politischen Messianismus“ findet. So hat er dann doch das Problem, die sowjetische Diktatur hiernach klar einzuordnen, da nicht zuletzt der Marxismus in der Tradition der westlichen Moderne steht. An dieser Stelle zeigt sich eine weitere Schwäche des Buches: Der Inhalt der jeweiligen Ideologien spielt – vielleicht mit Ausnahme der Rolle der „Kriegsideologie“ – kaum eine Rolle: Wenig findet man zum Marxismus/Leninismus, kaum etwas zum Antisemitismus. Erst im letzten Kapitel (S. 349 ff.) kommen die Rassentheoretiker seit Gobineau und Chamberlain sowie die geopolitischen Theorien eines Haushofer oder Grimm („Volk ohne Raum“) kurz zur Sprache; dies aber auch nur vor dem Hintergrund ihrer außenpolitischen Implikationen. Neumann scheint Ideologien eher als Machtmittel denn als Zweck, jedenfalls im Unterschied zur Dynamik der Aktion nicht als eines der zentralen Elemente des Totalitarismus zu begreifen. Das zieht zugleich die Schwierigkeit nach sich, autoritäre von totalitären Diktaturen trennscharf zu unterscheiden, obwohl sich gerade in seinem Buch auch schon Bezüge zu Japan bzw. den autoritären Bewegungen in Lateinamerika finden lassen.

Neumann hatte für eine zweite Auflage eine grundlegende Überarbeitung und Aktualisierung vorgesehen. In seiner rund zwanzig Jahre später verfassten Exposition hierzu kündigt er eine vertiefte theoretische Auseinandersetzung mit der Totalitarismusforschung an, zum einen hinsichtlich einer schärferen Konturierung der Abgrenzung von den autoritären Systemen; zum anderen natürlich auf der Grundlage der seitdem erschienenen Arbeiten von Arendt, Friedrich, Aron, Talmon usw. Er verstarb jedoch zu früh (1962), um diese noch vorlegen zu können.

Die Herausgeber haben eine sorgfältige edierte Übersetzung – einschließlich der Vorarbeiten Neumanns zur zweiten Auflage – vorgelegt. Die zahlreichen, mit Hintergrundinformationen versehenen Kommentare sind hilfreich, bisweilen aber auch zu viel des Guten, weil viele Personen aus Zeitgeschichte, Literatur oder Wissenschaft, auf die Neumann im Verlauf Bezug nimmt, den Lesern und Leserinnen, die dieses Buch in die Hand nehmen werden, wohl bekannt sein dürften (Leo Trotzki, Hans Grimm, Aldous Huxley, Karl Haushofer, Sigmund Freud, Max Weber usw.). Das schmälert aber in keiner Weise ihre Verdienste um einen „Klassiker“ der Totalitarismustheorie.

*Robert Chr. van Ooyen, Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung,
Ratzeburger Landstraße 4, 23562 Lübeck.*



Ralph Jessen/Hedwig Richter (Hg.), *Voting for Hitler and Stalin: Elections under 20th Century Dictatorships*, Frankfurt a.M. 2011 (Campus), 349 S.

Wesentlich angestoßen durch einen Artikel von Barbara Geddes rückten ab 1999 Diktaturen erstmals seit den 1950er Jahren wieder in den Mittelpunkt der vergleichenden Politikwissenschaft.¹ Ein zentraler Schwerpunkt des politikwissenschaftlichen Forschungsinteresses der letzten fünfzehn Jahre lag darauf, die Bedeutung von formal demokratisch erscheinenden Institutionen wie Parteien, Parlamenten und Wahlen in Diktaturen zu erkunden. Die neuere Forschung zeigte unter anderem, dass Wahlen in Diktaturen keineswegs nur Schaufensterdekorationen sind, sondern auch dort zur Regimelegitimation und zur Einbindung der Bevölkerung beitragen. Politikwissenschaftler wie Jennifer Gandhi und Andreas Schedler konzentrierten sich dabei vor allem auf die Erforschung der Bedeutung von Parlamenten und Wahlen in elektoralen Autokratien wie etwa im post-sowjetischen Russland.² In diesen Regimen konkurrieren in den halb-kompetitiven Parlamentswahlen mehrere Parteien um Parlamentssitze. Einen offenen Wettbewerb um die Regierungszügel gibt es aber faktisch nicht.

Ralph Jessen und Hedwig Richter haben diese Forschungen inspiriert (S. 11). Ihnen kommt das Verdienst zu, Geschichts- und Politikwissenschaftler zusammengeführt und diese Impulse aus der neueren politikwissenschaftlichen Diktaturforschung für die Erforschung von Wahlen ohne Auswahl in bereits untergegangenen totalitären Regimen fruchtbar gemacht zu haben. Wahlen ohne Auswahl in totalitären Diktaturen sind ein vor allem nach dem Untergang der europäischen kommunistischen Regime stark vernachlässigtes und in seiner Bedeutung bis dato unterschätztes Forschungsfeld.

Jessen und Richter haben bei der Abgrenzung ihrer Thematik ein erwähnenswertes Problem, da sie mit diesem nicht allein sind, sondern es sich um ein verbreitetes Phänomen handelt. Die Herausgeber nutzen den Begriff „totalitäre

- 1 Vgl. Barbara Geddes, *What Do We Know about Democratization after Twenty Years?* In: *Annual Review of Political Science*, 2 (1999), S. 115–144. Zur folgenden Entwicklung des Forschungsfelds vgl. Steffen Kailitz/Patrick Köllner, *Zur Autokratieforschung der Gegenwart: Klassifikatorische Vorschläge, theoretische Ansätze und analytische Dimensionen*. In: Steffen Kailitz/Patrick Köllner (Hg.), *Autokratien im Vergleich, Sonderheft der Politischen Vierteljahresschrift 2012*, Baden-Baden 2013, S. 9–34.
- 2 Vgl. u. a. Jennifer Gandhi, *Political Institutions under Dictatorship*, Cambridge 2008; Jennifer Gandhi/Ellen Lust-Okar, *Elections Under Authoritarianism*. In: *Annual Review of Political Science*, 12 (2009), S. 403–422; Andreas Schedler, *Elections Without Democracy. The Menu of Manipulation*. In: *Journal of Democracy*, 13 (2002) 2, S. 36–50; ders. (Hg.), *Electoral Authoritarianism. The Dynamics of Unfree Competition*, Boulder 2006.

Diktaturen“, notieren aber, dass sie dies nur aus einem „Mangel an Alternativen“ (S. 11) heraus tun. Es fällt auch auf, dass einige Autoren den Totalitarismusbegriff nicht nutzen. Zugleich sehen Jessen und Richter den Begriff „moderne Diktaturen“ zu Recht als eine unbrauchbare Alternative an, da er viel zu unspezifisch ist und u. a. auch elektorale Autokratien umfasst. Eine etwas ausführlichere Begründung der Probleme mit dem Totalitarismusbegriff und vor allem eine breitere Begriffsdiskussion der Alternativen wäre wünschenswert gewesen. Als mögliche Alternativen zum Totalitarismusbegriff, der etwa die nahezu unlösbare Problematik einer Abgrenzung von totalitären und post-totalitären Regimen aufweist, erscheinen „Weltanschauungsdiktaturen“ (u. a. Lothar Fritze) und „Ideokratien“ (u. a. Uwe Backes, Peter Bernholz und Steffen Kailitz).³ Es ist allerdings durchaus verständlich, dass die Herausgeber die Termini noch nicht angewendet oder zumindest diskutiert haben, da sie erst in allerjüngster Zeit an Boden gewinnen.

Nach einem sehr informativen Forschungsüberblick von Ralph Jessen und Hedwig Richter analysieren die anschließenden Beiträge die Bedeutung von Wahlen und Plebisziten im faschistischen Italien (Paul Corner, Enzo Fimiani), im nationalsozialistischen Deutschland (Enzo Fimiani, Frank Omland) und den kommunistischen Regimen in der Sowjetunion (Thomas M. Bohn, Wendy Z. Goldman, Stephan Merl, Gleb Tsipursky), in der DDR (Hedwig Richter) und der Tschechoslowakei (Peter Heumos).

Grob sind diese Beiträge drei Blöcken zugeordnet: 1. Legitimität; 2. Disziplin; 3. Widerspruch und Loyalität. Die Abgrenzung der drei Blöcke ist nicht trennscharf und bleibt in der Einleitung unbegründet. Die Zuordnung der Beiträge zu den Blöcken wirkt daher etwas willkürlich.

Der Sammelband von Jessen und Richter erwirbt sich Verdienste dadurch, dass er wichtige, fast vergessene Forschungsarbeiten zum Thema Wahlen und Plebiszite in Weltanschauungsdiktaturen⁴ in Erinnerung ruft und vor allem durch neue Beiträge wichtige Lücken auf dem Forschungsfeld schließt. Der Band ist in toto ein gelungener interdisziplinärer Schritt nach vorn für die Erforschung von Ideokratien.

-
- 3 Vgl. u. a. Uwe Backes, Was heißt Totalitarismus? Zur Herrschaftscharakteristik eines extremen Autokratie-Typs. In: Katarzyna Stokłosa/Andrea Strübind (Hg.), Glaube – Freiheit – Diktatur in Europa und den USA, Göttingen 2007, S. 609–625; Uwe Backes/Steffen Kailitz (Hg.), Ideokratien im Vergleich. Legitimation, Kooptation und Repression, Göttingen 2013; Peter Bernholz, Ideocracy and Totalitarianism: A Formal Analysis Incorporating Ideology. In: *Public Choice*, 108 (2001), S. 33–75; Lothar Fritze, Verführung und Anpassung: Zur Logik der Weltanschauungsdiktatur, Berlin 2004; Steffen Kailitz, Varianten der Autokratie im 20. und 21. Jahrhundert. In: *Totalitarismus und Demokratie*, 6 (2009), S. 209–251.
- 4 Vgl. u. a. Alex Pravda, Elections in Communist Party States. In: Guy Hermet/Richard Rose/Alain Rouquié (Hg.), *Elections Without Choice*, London 1978, S. 169–195; Victor Zaslavsky/Robert J. Brym, The Functions of Elections in the USSR. In: *Soviet Studies*, 30 (1978) 3, S. 362–371.

Ideokratien eint die Ansicht, dass Regierende und Regierte eine Einheit sind. Mehrparteienwahlen zum Parlament wie im April 1924 in Italien und im März 1933 in Deutschland in der Transformationsphase von der Demokratie zum Weltanschauungsdiktatur sind Bewegungen wie der NSDAP oder dem italienischen Faschismus daher wesensfremd. Wenn Weltanschauungsbewegungen um Mehrparteienwahlen (noch) nicht herum kommen, nutzen sie diese, um nach der Ausschaltung oder massiven Einschüchterung der politischen Gegner im Vorfeld der Parlamentswahl diese nach dem – vorhersehbaren – Wahlsieg als „nationales Plebiszit“ (so im Beitrag von Enzo Fiminani zitierte Pressestimmen zur Wahl 1924 in Italien sowie zeitgenössische juristische Stimmen von Carl Schmitt und anderen zur Wahl im März 1933) für ihr kommendes Weltanschauungsregime zu inszenieren.

Nach der vollständigen Machtübernahme von Weltanschauungsbewegungen haben Parlamentswahlen auf den ersten Blick kaum noch Bedeutung. Zum einen haben die Parlamente von da an schlicht so gut wie keine eigenständige politische Macht mehr,⁵ zum anderen bleibt den Wählern bei den Parlamentswahlen auch keine Auswahlmöglichkeit zwischen verschiedenen politischen Richtungen. Auf den zweiten Blick haben sie für Ideokratien, denen die Beschwörung des Konsenses von Regierenden und Regierten enorm am Herzen liegt, eine wichtige Funktion. Wahlen (ohne Auswahl) dienen in kommunistischen Staaten dazu, durch eine möglichst vollständige Wahlbeteiligung und möglichst vollständige Stimmabgabe für die kommunistische(n) Partei(en) die Einheit von Volk und Staat zu demonstrieren (so Hedwig Richter in ihrem Beitrag). Das gleiche Grundmuster findet sich in der faschistischen Diktatur Italiens und der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland.

So schrieb etwa das Reichsgesetzbuch von 1936 Wahlen und Abstimmungen im nationalsozialistischen Deutschland die Funktion einer feierlichen Zustimmung zur Politik der Wiederherstellung der nationalen Ehre und der Souveränität des Reichs zu. Die gleiche Grundfunktion der Parlamentswahlen in der nationalsozialistische Diktatur und der DDR geht mit einer sehr ähnlichen Form der Anlage der Wahlen einher. Die Bevölkerung musste sich mit „Zettelfalten“⁶ begnügen, die politische Richtung auswählen konnte sie nicht. DDR wie NS-Diktatur arbeiteten mit Einheitslisten. So legte die NSDAP der Bevölkerung im November 1933 und im März 1936 von der NSDAP stark dominierte Einheitslisten vor, auf der sich auch einige Parteilose befanden.

Einheitslisten signalisieren Einheit. Wer nicht für sie stimmt, ist ein Störenfried. Nicht zuletzt suggeriert eine Weltanschauungsdiktatur durch solche Wahlinszenierungen (potentiell) Oppositionellen, dass sie nur eine verschwindende Minderheit sind. Ideokratien streben danach, das Recht zur Wahl in eine ver-

5 Vgl. u. a. Werner J. Patzelt (Hg.), Die Volkskammer der DDR: Sozialistischer Parlamentarismus in Theorie und Praxis, Wiesbaden 2002.

6 Vgl. Hans Michael Kloth, Vom „Zettelfalten“ zum freien Wählen: die Demokratisierung der DDR 1989/90 und die „Wahlfrage“, Berlin 2000.

pflichtende Zustimmungskundgebung der Bevölkerung zu verwandeln. Dies gelingt unterschiedlich gut. Auf Probleme stößt das Einheitsstreben dann, wenn die Bürger schon Erfahrungen mit pluralistischen Mehrparteienwahlen gemacht haben. Corner und Fiminani weisen etwa darauf hin, dass bei den Wahlen und Plebisziten im faschistischen Italien in den industriellen Zentren Norditaliens noch bis zu 18 Prozent der italienischen Wähler nicht wählten oder mit „Nein“ stimmten. Auch in der Anfangsphase der DDR und anderer kommunistischer Staaten gab es noch eine recht große Gruppe von Personen, die nicht wählte oder gar „Nein“ zur Einheitsliste sagte. Daher erstaunte es zu Recht selbst die Führung der NSDAP, wie Frank Omland in seinem Beitrag darlegt, dass bei den Novemberwahlen 1933 auf Anhieb ohne erkennbare Manipulationen des Ergebnisses fast 90 Prozent der registrierten Wähler für die nationalsozialistische Einheitsliste stimmten.

Die folgenden Wahlen und Plebiszite ohne Auswahl dienen in Weltanschauungsdiktaturen nicht zuletzt der Werbung für die ideologischen Ziele und der Mobilisierung der Bevölkerung für diese Ziele. Obgleich bei den Wahlen und Plebisziten die Macht nicht auf dem Spiel steht, treiben Ideokratien daher einen großen Aufwand vor den Wahlen. Die Wahlen und vor allem die Proklamation ihres Ergebnisses erscheinen als eine Feier der Einheit von Regierten und Regierenden. Daher überzog etwa die kommunistische Partei der Sowjetunion in den zwei Monaten vor den Wahlen mit Wahlversammlungen und einem enormen Maß an Werbung für die kommunistische Partei und ihre Kandidaten (Stephan Merl). Die Bevölkerung an Abstimmungstagen in Festlaune zu bringen, gelang dabei etwa dem nationalsozialistischen Regime (siehe der Beitrag von Markus Urban) deutlich besser als etwa dem kommunistischen Regime der DDR (siehe der Beitrag von Hedwig Richter). Die Motivationsfähigkeit für die ideologischen Ziele unterscheidet allerdings keineswegs rechte und linke Ideokratien, sondern Weltanschauungsdiktaturen, die wie das NS-Regime und die Sowjetunion aus sehr starken in der Nation verankerten Bevölkerungsbewegungen entstanden sind, und solchen, die wie die DDR und die kommunistischen Regime in Polen und den baltischen Ländern nur durch den Druck der Sowjetunion etabliert und aufrecht erhalten wurden. So gelang es auch der Sowjetunion vor allem in ihrer Anfangszeit noch, Feierlaune bei Wahlen zu erzeugen.

Die Forschung zu Wahlen und Plebisziten in Diktaturen konzentriert sich zu stark auf die Funktion der Wahlen und Plebiszite für die Machthaber. Stephan Merl geht dieses Desiderat offensiv an. Er zeigt für die Sowjetunion, dass die Sehnsucht der kommunistischen Funktionäre, die Bürger zu einer möglichst freiwilligen Zustimmung an den Wahlurnen zu bringen, im Vorfeld von Wahlen gerade auf lokaler Ebene zu Lösungsversuchen lokaler Probleme (etwa Versorgungsengpässe) führte. So lange die Bürger ihre Kritik bei den Wahlversammlungen moderat und sachlich formulierten, mussten sie keine Verfolgung fürchten. Wahlen in Weltanschauungsdiktaturen haben also durchaus eine – wenn auch stark beschränkte – Bedeutung für die Kommunikation zwischen Bürgern und Machthabern.

Bei allem Lob, das der Band verdient, hat er vor allem einen bedeutenden blinden Fleck: den wichtigen Themenkomplex der Bedeutung von Wahlreformen und der Enthüllung von Wahlfälschungen als Anstöße für den Zusammenbruch kommunistischer Weltanschauungsdiktaturen 1989–1991. Die Herausgeber thematisieren selbst in der Einleitung, dass in Polen und Ungarn Veränderungen der Wahlprozedur in den 1980er Jahren die Erosion des Machtmonopols der kommunistischen Partei begünstigten. Auch die Regime erschütternden Folgen der massiven Wahlmanipulationen bei den Kommunalwahlen in der DDR im Mai 1989 hätten einen eigenen Beitrag etwa von einem Spezialisten wie Hans-Michael Kloth verdient. Gewinnbringend wäre auch ein Beitrag zur von Michail Gorbatschow im Dezember 1988 initiierten Wahlreform und der grundlegenden Bedeutung der folgenden semi-kompetitiven Wahlen zum Kongress der Volksdeputierten im März 1989. Diese – bislang unzureichend gewürdigte – Wahlreform war eine entscheidende Marke auf dem Weg hin zum Zerfall der Sowjetunion. Zum ersten – und letzten – Mal konkurrierten in der Sowjetunion mehrere Kandidaten um einen Parlamentssitz. Zum ersten Mal zogen nicht-kommunistische Kandidaten in das Parlament ein. Zum ersten Mal gab es nach der Wahl hitzige und konträre Debatten im sowjetischen Parlament. Nach der Wahlreform hatte das kommunistische Machtmonopol einen weithin sichtbaren Riss, der Nicht-Kommunisten in und außerhalb der Sowjetunion ermunterte, nun die ganze Mauer einzureißen. Weitere Forschungen zu Wahlen und Plebisziten in Ideokratien erscheinen fruchtbar und wünschenswert. Hier gibt es noch manchen Schatz zu heben.

Steffen Kailitz, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der TU Dresden, 01062 Dresden.